

4926 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t
des Rechtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 16. Juli 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, die Zivilprozeßordnung, die Exekutionsordnung, die Konkursordnung, das Schauspielergesetz, das Strafvollzugsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Rechtsanwaltstarifgesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz-Novelle 1994 - ASGG-Nov 1994)

Der vorliegende Gesetzesbeschluß hat folgende Ziele zum Inhalt:

Maßnahmen zur Beschleunigung der arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren, verstärkte Berücksichtigung der Anliegen von Behinderten, Vereinheitlichung der Verfahrensbestimmungen für Oppositions-, impugnations- und konkursrechtliche Feststellungsverfahren mit arbeitsrechtlichem Inhalt, Vermeidung eines betriebsratsfreien Zustands im Falle einer Betriebsratswahanfechtung, Stärkung der Verfahrensstellung der Sozialversicherten mit Rücksicht auf die sukzessive Gerichtskompetenz, Sicherstellung des Eigentums von Verpflichteten bezüglich ihnen zugestander, an betreibende Gläubiger überwiesener Forderungen im Falle deren Untätigkeit, Schaffung eines zusätzlichen Anstoßes zur pünktlichen Begleichung von Forderungen aus Dienstverhältnissen und Anpassung der für Arbeitsrechtssachen geltenden Gerichtsgebührenfreigrenze an die heutigen Gegebenheiten.

Der Gesetzesbeschluß trägt überdies dem Umstand Rechnung, daß der Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 13. März 1991, G 199/90-10, die Ziffer 2 des Absatz 1 ASGG mit Ablauf des 29. Feber 1992 als verfassungswidrig aufgehoben hat. Es ist beabsichtigt, dem bisherigen Anliegen nach einer sofortigen Vollstreckbarkeit des ersten Urteils des Erstgerichts weiterhin, allerdings mit den vom Verfassungsgerichtshof vorgezeichneten Ausnahmen, zu entsprechen.

Der Rechtsausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 18. Juli 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 1994 07 18

Albrecht Konecny
Berichterstatter

Mag. Herbert Bösch
Vorsitzender